

Gericht entscheidet in Miesbacher Amigoaffäre

Steht der Deal für Bierschneider, Rzehak und Co.?

27. Juli 2019 um 18:30 Uhr [2 Kommentare](#)

- nicht mit Facebook verbunden
- nicht mit Twitter verbunden
-



Von Redaktion

Während im Verfahren rund um die Sparkassenaffäre [gegen Bromme und Co. die Revision läuft](#), könnten sechs beschuldigte Verwaltungsräte aufgrund eines Deals glimpflich davonkommen. Jetzt muss das Gericht entscheiden.



Kreuths Bürgermeister Josef Bierschneider und Landrat Wolfgang Rzehak als Beschuldigte. [Wie berichtet, hat die Staatsanwaltschaft München II ihre Anklage](#) gegen die sechs Verwaltungsräte der Kreissparkasse im Mai diesen Jahres zurückgenommen. Sie machte ihnen zum Vorwurf, das Treiben von Ex-Sparkassenchef Georg Bromme und Ex-Landrat Jakob Kreidl nicht gestoppt und selbst „Vorteile“ daraus gezogen zu haben.

Mit dem Vorschlag der Staatsanwaltschaft müssten die Beschuldigten – darunter der Kreuther Bürgermeister Josef Bierschneider und Landrat Wolfgang Rzehak – nun nur noch mit

Strafbefehlen über 150 Tagessätzen rechnen, die zur Bewährung ausgesetzt werden sollen. Damit wären sie nicht vorbestraft. Die Staatsanwaltschaft könnte aber noch Geldauflagen gegen sie verhängen, beispielsweise an eine gemeinnützige Einrichtung oder einen Verein. Dieser ausgehandelte Deal liegt jetzt bei Gericht.

So ist nach Informationen des Merkur das Verfahren vor zwei Tagen beim Münchner Amtsgericht eingegangen. Die Richter müssen dort entscheiden, ob es in der Miesbacher Amigoaffäre zu einem weiteren Prozess kommt oder nicht. Nun sollen erstmal die Beschuldigten die Möglichkeit zur Stellungnahme bekommen. Wie es konkret weitergeht mit dem Deal für Rzehak, Bierschneider und Co. ist daher noch völlig offen. In diesem Sommer dürfte es daher zu keiner Entscheidung kommen.